

Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** worden ist.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 16/10509**.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hausmann das Wort. Bitte, Herr Hausmann. The floor is yours.

Wilhelm Hausmann (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der französische Nobelpreisträger François Mauriac hat einmal gesagt: „Der Bau von Luftschlössern kostet nichts, aber ihre Zerstörung ist sehr teuer.“

Was Sie, Herr Minister Groschek, in den vergangenen Wochen der Öffentlichkeit verkündet haben, waren Luftschlösser. Diese Luftschlösser wurden mit jeder Pressekonferenz mehr, und sie wurden auch immer größer ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich möchte die Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen bitten, die Gespräche gegebenenfalls draußen weiter fortzusetzen, damit wir dem Redner zuhören können. Vielen Dank. – Herr Abgeordneter.

Wilhelm Hausmann (CDU): Vielen Dank. – Diese Luftschlösser wurden mit jeder Pressekonferenz mehr, und sie wurden auch immer größer bzw. höher.

Noch am 2. Oktober dieses Jahres verkündete Bauminister Groschek, dass in den kommenden Jahren mit Unterstützung des Landes rund 50.000 neue Wohnungen entstehen sollten. Nur sechs Wochen später sagten Sie, Herr Minister Groschek, im Schulterchluss von Landesregierung und der Bauwirtschaft sollen in den nächsten Jahren 120.000 neue Wohnungen entstehen. In der Presse kursierte schon der Spruch: Unter 100.000 macht es dieser Minister gar nicht mehr.

Wir fragen uns an dieser Stelle – und das ist die ganz entscheidende Frage –: Wie soll das denn geschehen? – Wir sind gespannt, welche Zahlen Sie demnächst verkünden, wenn Sie in Ihr Haus hineinschauen und die Mittel, die Sie zur Verfügung haben, bewerten. Dann können Sie sagen, was Sie

von Ihrer Seite aus tun können, um diesen Wohnungsbau zu ermöglichen. Denn was da wirklich fehlte, waren die richtigen Maßnahmen der Landesregierung. Das Kapital ist vorhanden. Die Fördermittel sind dank des Bundes ebenfalls vorhanden.

Insofern stellt sich für uns die Frage: Woran scheitert es dennoch, dass hier nicht gebaut wird und dass der Wohnungsbau nicht in Gang kommt? – Bis sich all diese Luftschlösser aufgelöst haben, wird erst einmal einige Zeit vergehen. Bis dahin wird der Wohnraum noch knapper, und die Mieten werden noch weiter steigen.

Werfen wir einmal einen Blick auf das, was Sie, Herr Minister Groschek, verkündet haben und was daraus in der Realität geworden ist. Sie haben auf gleich zwei Pressekonferenzen davon gesprochen, den Bürokratiedschungel zu lichten und die bürokratischen Stolperdrähte zu kappen. Verschwiegen haben Sie dabei, dass Sie und Ihre Amtsvorgänger diese Stolperdrähte erst eingezogen haben.

Dann haben Sie angekündigt, für einen besseren Einklang von Klimaschutz und bezahlbarem Wohnungsbau einzutreten. Wie sieht es denn damit aus? Rot-Grün hat unseren Antrag, Kosten und Nutzen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen, am 19. November dieses Jahres hier im Hause abgelehnt.

Minister Groschek sollte sich ein Beispiel nehmen an seinem grünen Ministerkollegen Al-Wazir in Hessen, der diese Vereinfachung zur Beschleunigung des Wohnungsbaus längst mithilfe einer Verordnung eingeführt hat. Das ist hier in diesem Lande offenbar nicht möglich.

Die rot-grüne Landesregierung will angeblich Erleichterungen bei den Bauvorhaben vornehmen. Der Entwurf der neuen Landesbauordnung für Nordrhein-Westfalen enthält aber kaum Vereinfachungen. Im Gegenteil: Sie schaffen neue Erschwernisse für den Wohnungsbau. Zum Beispiel sollen Staffelgeschosse wegfallen. Damit sinkt die Ausnutzbarkeit von Grundstücken ganz erheblich, und die Vertikalität, von der Sie, Herr Minister, immer gerne sprechen, ist schon beim nächsten Geschoss wieder zu einem weiteren Luftschloss geworden.

Meine Damen und Herren, am 30. November 2015 hat der Bauminister im Rahmen seines Grundstücksgipfels behauptet, es gebe landesweit 19.000 ha an bereits ausgewiesenen Baugrundstücken. Diese Grundstücke sind aber nicht alle auf dem Markt zu finden und stehen damit überhaupt nicht in dieser Größenordnung zur Verfügung.

Zudem haben Sie auch noch den Grundstücksverkehr – das ist auch haushaltsrelevant – mit Ihrer Grunderwerbsteuererhöhung weiter erschwert. Das heißt, die Grundstücke kommen gar nicht so einfach in die richtigen Hände. Zudem bleibt die Frage un-

beantwortet, in welcher Rechtsform diese Flächen überhaupt ausgewiesen sind. Dies gilt gerade für die einzelnen Regionalräume.

Gebaut werden kann erst dann, wenn die Grundstücke als Bauland ausgewiesen sind und wenn die Erschließung gesichert ist. Ob das bei diesen 19.000 ha in Nordrhein-Westfalen der Fall ist, wage ich hier stark zu bezweifeln.

Weitere Ankündigungen von Bauminister Groschek gibt es schon seit Jahren. Schon bei seinem Amtsantritt 2012 hat er gesagt, er werde den Luxusghettos den Kampf ansagen. Was ist daraus geworden?

(Minister Michael Groschek: Ein neuer Oberbürgermeister in Düsseldorf!)

Auch nach drei Jahren Amtstätigkeit geht der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen weiter in den Keller, und der Wohnungsbau im Hochpreissegment floriert wie nie. So viel zum Thema „Anspruch und Wirklichkeit“. Im Übrigen brauchen wir Wohnungsbau in allen Preissegmenten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, während Wohnungssuchende in Nordrhein-Westfalen vor günstigen Mietobjekten Schlange stehen, kam letzte Woche eine Schreckensmeldung aus Berlin: Bundesjustizminister Maas plant drastische Verschärfungen im Mietrecht. Er will unter anderem die Möglichkeit nehmen, die Kosten von Umbaumaßnahmen auf die Mieter umzulegen. Zudem möchte er die Mietpreisbremse, die erst ein halbes Jahr alt ist, noch einmal auf unzumutbare Weise anziehen.

Es scheint, als wolle Bundesminister Maas mit allen Mitteln potenzielle Investoren in den Mietwohnungsbau aus Deutschland vertreiben. Die „FAZ“ hat letzte Woche zu Recht geschrieben, dass diese geplanten Maßnahmen an Folterwerkzeugen aus dem Gruselkabinett erinnern.

Wir fragen Sie, Herr Minister Groschek: Wie stehen Sie zu diesen Maßnahmen Ihres Amtskollegen in Berlin, der hier weitere Bremsen im Wohnungsbau einbauen möchte? Und wie verhalten Sie sich als Landesminister zu diesen Forderungen?

Schließen möchte ich mit einem Zitat des ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel:

„Ich habe nichts gegen Luftschlösser. Aber man sollte in Luftschlösser nicht auch noch mit seinem ganzen Hausrat einziehen wollen. Das geht schief.“

Das heißt für uns: Im rhetorischen Wohnungsbau kann niemand irgendwo einziehen. Wir aber können keinem Haushalt zustimmen, dessen Umsetzung so unrealistisch ist wie dieser. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die SPD-Fraktion spricht zu uns Frau Kollegin Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine der zentralen Zukunftsfragen lautet: Wie ermöglichen wir gutes Wohnen in Nordrhein-Westfalen?

Wir befinden uns heute in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 09. Der Kollege Hausmann hat nicht besonders viel zum Haushalt gesagt, sondern eigentlich nur aufgezählt, was wir aus seiner Sicht nicht besonders gut machen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, eine ganze Reihe haushaltsrelevanter Maßnahmen aufzuzählen, die wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben. Unsere Landesregierung hat wegweisende Maßnahmen in Gang gesetzt, die nachhaltig und ganz aktuell Wirkung zeigen. Wir setzen diese Politik der Verantwortung und Kontinuität mit dem Haushalt auch in diesem Jahr fort, mit einem Etat, der rund 211 Millionen € über dem Ansatz des Vorjahres liegt. Unser vorrangiges Ziel in der Wohnungsbaupolitik ist und bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit gutem und vor allen Dingen auch mit bezahlbarem Wohnraum.

Die Heimat vor der Haustür ist für alle da, und sie muss vor allem auch für alle bezahlbar sein. Das ist unser sozialdemokratisches Ziel.

(Beifall von der SPD)

Die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt ist durch eine stark steigende Wohnraumnachfrage geprägt. Das wissen wir alle, das haben wir in der aktuellen Debatte mitbekommen. Dabei ist der Nachfrageüberhang in den Regionen des Landes sowohl qualitativ als auch quantitativ sehr ungleich verteilt. Engpässe in den Ballungsräumen betreffen vor allem Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Die Entwicklung wird durch die große Zahl der Menschen, die aktuell vor Krieg zu uns flüchten, noch weiter verstärkt werden. Nur zusammen – Bund, Länder und Kommunen sowie Wohnungs- und Bauwirtschaft – werden wir dieser Herausforderung nachkommen können.

Die Landesregierung hat dabei ganz klar ihre Hausaufgaben gemacht:

Erstens. Sie reagiert mit bedarfsgerechten und attraktiven Förderrichtlinien, die für den sozialen Wohnungsbau an die aktuellen Entwicklungen, die ich gerade aufgezählt habe, angepasst worden sind. Die aktuellen Förderzahlen zeigen auch – da hatte Herr Kollege Hausmann offensichtlich eine andere Wahrnehmung –: Trotz historischer Niedrigzinsphase gibt es eine Belebung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen, und die Wohnungswirtschaft – das hören Sie nicht

besonders gern – kann heute viel flexibler, schneller und leichter agieren als früher.

Zweitens. Kooperation statt Konfrontation. Die richtigen konstruktiven Partner sind im Bündnis für Wohnen, das der Minister ins Leben gerufen hat, ins Boot geholt worden, und zwar schon sehr frühzeitig. Um den mietpreisgebundenen Wohnungsbau weiter anzukurbeln, brauchen wir Kommunen, private Anbieter und natürlich auch Investoren, die dabei mit-helfen. Mit der Wohnungsbauoffensive hat dieses Bündnis weitere Schritte getan und wichtige Maßnahmen formuliert – von veränderten steuerlichen Bedingungen bis hin zu Erleichterungen im Bau- und Bauordnungsrecht. Das hat der Kollege gerade leider ebenfalls ignoriert.

Drittens. Mit dem mehrjährigen Wohnraumförderprogramm von 2014 bis 2017 stehen uns für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau jedes Jahr Förderdarlehen in Höhe von 800 Millionen € zur Verfügung. In der Summe handelt es sich um ein Gesamtvolumen in Höhe von 3,2 Milliarden €. Das bietet den Partnern verlässliche Rahmenbedingungen, um auf dem Markt weiter aktiv zu werden.

Viertens. Die Kontrolle und der Kampf gegen Missstände durch das Wohnungsaufsichtsgesetz bzw. die Mietpreisbremse sollten an dieser Stelle auch erwähnt werden. In der Großen Koalition in Berlin sorgt die SPD außerdem durch die Erhöhung des Wohngeldes für eine deutliche Entlastung für viele Menschen. Daran ist das Land mit 70 Millionen € beteiligt. Davon profitieren allein in Nordrhein-Westfalen 217.000 Haushalte.

Die Städtebauförderung haben Sie in der Haushaltsdebatte leider komplett unterschlagen. Darüber sprechen Sie nicht so gern, weil es sich um eine Erfolgsgeschichte von Rot-Grün handelt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Klaus Vausem [CDU])

Die Städtebauförderung in gemeinsamer Verantwortung stärkt die soziale Stadtteilerneuerung und den Stadtumbau schon seit vielen Jahren in vielen Quartieren sehr erfolgreich. Der Einsatz der Fördermittel – und der größte Teil kommt bekanntlich vom Land – sorgt für erhebliche private Folgeinvestitionen.

Wir halten an diesem kommunalfreundlichen Konstrukt des Finanzierungsschlüssels fest. In NRW finanziert das Land jeden Bundes-Euro mit 1,40 € gegen und sorgt dafür, dass die Städte und Gemeinden nur 60 Cent beisteuern müssen. Wir werden diese Bundesmittel auch in 2016 in voller Höhe gegenfinanzieren und vor allem auch abnehmen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist folgerichtig, dass wir in unseren Anträgen auch solche Zuweisungen wie zum Beispiel an die Stadt Essen im

Rahmen der „Grünen Hauptstadt Europas“ um 1,5 Millionen € erhöhen und damit Verantwortung für dieses tolle Projekt der Stadtentwicklung übernehmen. Auch im Bereich der Denkmalpflege sind wir dieser Verantwortung mit einer Erhöhung um eine halbe Million Euro nachgekommen.

Als Fazit kann man sagen: Wir übernehmen mit unserer zielgerichteten Wohnungs- und Städtebaupolitik weiterhin Verantwortung für dieses Land. Wir finden den Haushalt gut, wir sind konsequent und wollen das Ganze zusammen mit diesem Minister auf diese Weise weiter fortführen. Deswegen findet es unsere Unterstützung. Ich freue mich auf die weitere Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Philipp, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Die Wohnungsbauförderung müsste gestärkt werden. Sie haben vorhin von den insgesamt 800 Millionen € gesprochen, also 700 Millionen € plus die 100 Millionen €, mit denen sich der Bund beteiligt.

Fragen Sie doch bitte einmal den Kollegen von Grünberg. Ich glaube, er war es, der deutlich gemacht hat, dass Sie als SPD immer gesagt haben: Wir werden nicht nur im Wahlkampf von einer Förderung in Höhe von 1 Milliarde € sprechen, sondern wir werden das auch umsetzen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Herr Minister, ich könnte jetzt alle möglichen Einzelpositionen aufzählen, will aber einmal einen größeren Bogen schlagen. Wie sieht denn die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen aus? Sie sieht folgendermaßen aus: halbherzig Gas geben und kräftig bremsen. Wenn man das einem Motor zumutet, gibt es einen Motorschaden. Das heißt: Die Investoren werden abgeschreckt.

Herr Minister, richtig ist, was richtig ist, unabhängig von der Farbe. Deswegen will ich das hier ausdrücklich positiv darstellen. Ja, Sie haben auch gesagt: Bei dem derzeitigen Zinsniveau locken wir im sozialen Wohnungsbau keinen hinter dem Ofen hervor; wir müssen über Tilgungsnachlässe reden.

Bis vor wenigen Wochen haben Sie hinsichtlich der verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, die wir immer gefordert haben, Neiddiskussionen angezettelt und gesagt, damit werde man nur den Reichen die Taschen füllen. Ich begrüße ausdrücklich – besser eine spätere Einsicht als weitere Beratungsresistenz –,

(Beifall von der FDP)

dass Sie mittlerweile sagen, wie heute auch der Presse zu entnehmen ist: Jawohl, wir müssen steuerliche Anreize schaffen. – So viel zum „halbherzig Gas geben“.

Und wo bremst er kräftig? Mit beiden Füßen steht er dort auf dem Bremspedal. Ich habe mir einmal die Folterwerkzeuge aufgeschrieben.

Zum Bauen braucht man nach wie vor Flächen. Wir haben die Flächenmonstranz im Landesentwicklungsplan, der vor Ort in der Regel falsch interpretiert wird. Da muss man Aufklärung leisten. Wenn man weniger Flächen hat, steigen die Preise. Das Bauen kostet mehr Geld. In der Folge erhöht sich auch die Miete.

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 6,5 % kostet letztendlich mehr Miete.

Dann kommt die Grundsteuer. Dafür können Sie nichts; denn sie wird von den Kommunen festgesetzt. Man kann aber werben und sagen: Leute, lasst die Kuh auf der Weide und schlachtet sie nicht.

Die Mietpreisbremse führt dazu, dass keine einzige Wohnung mehr gebaut wird. Aber das Kapital, mit dem Wohnungen gebaut werden könnten, wird verschreckt.

Dann kommt die Verschärfung der Kappungsgrenzenverordnung.

Dann kommt eine gekürzte Modernisierungsumlage; die Verringerung von 11 % auf 8 % wird diskutiert. Wer soll da noch investieren?

Dann kommt der – leider auch von Ihnen populistisch benutzte – Begriff „Wohnungspolizei“. Dem Wohnungsaufsichtsgesetz haben wir in der Enquetekommission sogar zugestimmt und gesagt: Ja, man soll prüfen, ob man das macht. – Bei der Prüfung ist im Endeffekt ja nichts herausgekommen. Letztendlich ist es so, dass die Pistole an der Wand hängt und noch ein bisschen Schmauch herauskommt. Aber es diskreditiert den Vermieter.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Dann kommt die Landesbauordnung mit Quotierungen für Wohnungen in Sachen Barrierefreiheit. Erstens haben wir nicht definiert, was „barrierefrei“ ist. Zweitens können wir sie nicht am Markt unterbringen, wie die Wohnungswirtschaft sagt.

Dann kommt ein Gedanke, der im ersten Ansatz ja gut ist. Er betrifft die Flexibilisierung der Energieeinsparverordnung, indem man die Regelungen der EnEV auf Quartiere bezieht. Das hilft aber, wie wir ehrlicherweise zugeben müssen, nur großen Wohnungsbaugesellschaften und nicht den Privaten, die zahlenmäßig die größten Vermieter sind.

Meine Damen und Herren, alles das führt zu höheren Kosten und zu höheren Mieten. Beschreiten Sie den Weg, den Sie jetzt schon mit uns gehen, indem Sie sich für verbesserte Abschreibungsmöglichkei-

ten und Tilgungsnachlässe aussprechen, auch weiterhin.

Wer hier bezahlbaren Wohnraum haben will, der sagt: Weg mit der Flächenmonstranz; weg mit der Mietpreisbremse; weg mit der Grunderwerbsteuer; weg mit den Erhöhungen der Grunderwerbsteuer; Rücknahme der Verschärfung in der Kappungsgrenzenverordnung. Der sagt auch: Ja zu einer adäquaten Modernisierungsumlage; Ja zu einem geringeren Anteil bei der Darlehensgewährung in der Wohnungsbauförderung; Ja zu einer praxisorientierten Landesbauordnung; Ja zu einer deutlich verbesserten Abschreibungsmöglichkeit.

(Beifall von der FDP)

Sie sind die ersten Schritte gegangen. Wir laden Sie ein, weiter mitzugehen. Wer das macht, wird hier in Nordrhein-Westfalen bezahlbaren Wohnraum initiieren. Wir haben den richtigen Weg aufgezeigt. Sie sind die ersten Schritte gegangen. Seien Sie so mutig, und gehen Sie weiter mit. Wir reichen Ihnen die Hand. Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen.

Wir lehnen den Haushalt ab, wir versprechen Ihnen aber: Wenn Sie unseren Weg mitgehen, werden wir den Haushalt 2017 mittragen und ihm zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Minister Michael Groschek: Das ist ein Wort! – Jochen Ott [SPD]: Keinesfalls! Einbahnstraße!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ellerbrock, das war ein netter Versuch. Sie haben hier im Haus aber keine Mehrheit. Man kann es ja mal versuchen, zu sagen: Wenn die Landesregierung FDP-Politik machen würde, dann würden wir ihr auch zustimmen. – Der Bürger hat im Jahr 2012 aber anders entschieden. Jetzt schauen wir mal, was bei der nächsten Wahl herauskommt. – Jetzt gibt es gleich eine Zwischenfrage. Mensch!

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ja, das ging schnell.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich war noch gar nicht in die Inhalte eingestiegen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ja. Aber lassen wir uns überraschen. Ich vermute, dass Sie den Fragewunsch von Herrn Ellerbrock zulassen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja. Das wollte ich damit signalisieren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte nicht in das Mikrofon pusten, Herr Kollege. Bitte nicht!

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Klocke, warum unterstellen Sie, dass der Minister, der aus der Ihre Koalition mittragenden Partei der SPD kommt, nicht lernfähig ist? Warum unterstellen Sie ihm Beratungsresistenz? Warum gehen Sie davon aus, dass er das Angebot, das wir gemacht haben, einen zu Beginn richtig beschrittenen Weg fortzusetzen, von vornherein ablehnt? Das verstehe ich nicht. Können Sie mich darüber aufklären, bitte?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich habe den Minister bisher als sehr offen, immer gesprächsbereit und Sachargumenten gegenüber stets aufgeschlossen kennengelernt. Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Nun würde ich ja nicht sagen, dass jedes Argument der FDP gleich ein kluges Sachargument wäre. Daher vermute ich einmal, dass der Minister Ihr Angebot nicht annehmen wird. Er hält nachher aber selbst noch einen Redebeitrag. Ich will ihm jetzt auch nicht vorgreifen. Mit Ihrer Erlaubnis und der Erlaubnis des Präsidenten möchte ich einfach meine Rede fortsetzen.

Ich würde gerne auf drei Schwerpunkte rekurrieren. Frau Kollegin Philipp hat eben sehr breit dargestellt, warum dieser Haushalt unsere Handschrift trägt und hier wichtige Punkte aus unserer gemeinsamen Vereinbarung für den Wohnungsbau umgesetzt worden sind.

Erster Punkt. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen und als Landesregierung im Bereich der Wohnraumförderung sehr schnell auf die aktuelle Situation reagiert haben, was den Druck auf dem Wohnungsmarkt nach bezahlbarem Wohnraum insbesondere durch den Flüchtlingszuzug angeht.

Der Minister hat sehr schnell ein Programm mit sehr guten Konditionen vorgestellt. Es gibt große Nachfrage von den Wohnungsbauunternehmen, von den Wohnungsbaugenossenschaften, von den Kommunen. Jedenfalls ist das bei uns der Fall. In den Abgeordnetenbüros wird sehr intensiv nachgefragt; ich denke, beim Ministerium auch.

Dieses Programm bietet mit Tilgungsnachlässen von bis zu 35 % sehr günstige Konditionen. Wir sind guten Mutes, dass es intensiv genutzt wird, um in unserem Land so schnell wie möglich bezahlbaren, günstigen Wohnraum sowohl für schon in Nordrhein-Westfalen lebende Menschen als auch für die neu angekommenen Flüchtlinge zu schaffen, damit wir hier Bewegung auf dem Wohnungsmarkt bekommen.

Deswegen mein Dank an das Ministerium. Es wurde angekündigt, dass es auch ein Onlineportal geben soll, in dem frei stehende Wohnungen gemeldet werden. Es ist gut, wenn das auf den Weg kommt und man es entsprechend nutzen kann. Wir rechnen damit, dass 300.000 bis 400.000 Wohnungen frei stehen, teilweise nur temporär, teilweise dauerhaft. Jedenfalls wäre ein solches Portal ein gutes Angebot, damit es entsprechend genutzt und freier Wohnraum schnell gemeldet werden kann.

Beim Wohnungsbau werden wir als Grüne mit darauf achten, dass Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, wie sie in den 60er- und 70er-Jahren begangen worden sind. Wir brauchen keine Wohnsiedlungen ohne vernünftige Infrastruktur, ohne Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Wir wollen hier keine Sanierungsfälle der Zukunft schaffen, sondern wir müssen darauf achten, dass die Erkenntnisse genutzt werden, die wir im Bereich des Wohnungsbaus in den letzten 20 bis 25 Jahren gewonnen haben im Hinblick auf guten Wohnraum, wo Menschen über Jahre und Jahrzehnte wohnen, wo man sich wohlfühlt, wo es auch ein grünes Umfeld gibt, wo sich Menschen auch erholen können.

Bei allem Druck, den es auf den Wohnungsmärkten gibt, bei aller Notwendigkeit, schnell zu handeln, werden wir jedoch darauf achten, dass es zukunftsfähiger Wohnraum wird. Das ist uns ein wichtiges Anliegen.

Ein zweiter Punkt ist die Wohngeldnovelle. Das ist seit 2009 die erste Novelle, die vom Bund initiiert worden ist. Sie wird zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Das Land leistet mit der Kofinanzierung einen wichtigen Beitrag. Das ist aus unserer Sicht dringend notwendig.

Bei den Bestandsmieten gibt es eine Steigerung von fast 10 %. Mit dem, was die Wohngeldnovelle vorsieht, werden über 200.000 Haushalte in Nordrhein-Westfalen deutlich besser gefördert. Ich nenne ein Beispiel: Ein Zweipersonenhaushalt wird in Zukunft statt mit 120 € monatlich mit 185 € gefördert. Das ist ein klares Signal, dass wir für sozial abgehängte und sozial schwache Haushalte eine vernünftige Förderung auf den Weg bringen. Deswegen ist die Wohngeldnovelle eindeutig zu begrüßen und die Kofinanzierung, die wir im Haushalt verabredet haben, zu unterstützen.

Ein dritter Punkt ist uns als Grüne ebenfalls ein wichtiges Anliegen – die Kollegin Philipp hat es eben auch angesprochen –; das sind die zusätzlichen 500.000 € im Bereich der Denkmalpflege. Da geht es insbesondere um kleine Projekte, die eben nicht durch Förderdarlehen seitens der NRW.BANK abgedeckt werden können. Das betrifft häufig private Initiativen oder kirchliche Initiativen, also wirklich kleine Projekte, wo es darum geht, beim Kirchendenkmalschutz oder bei Mühlenprojekten, die es häufig im ländlichen Raum gibt, mit 5.000 € oder 10.000 € Unterstützung zu leisten. Dafür haben wir

noch einmal zusätzlich Geld in die Hand genommen und 500.000 € in den Haushalt eingestellt. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir danken dafür, dass das Geld dafür zur Verfügung steht.

Zum Abschluss meiner Rede noch eine kurze Bemerkung zu Herrn Ellerbrock. Ist er schon weg? – Nein, jetzt sehe ich Sie.

Sie haben einige Anmerkungen zur Landesbauordnung gemacht. In der anstehenden parlamentarischen Debatte – bisher gibt es den Referentenentwurf, und es gab die Verbändeanhörung – sieht unsere Fraktion bei einer Reihe von Punkten Beratungsbedarf. Das parlamentarische Verfahren steht an. Wir werden dazu noch eine ausführliche Anhörung durchführen. Das müssen wir also nicht in der Haushaltsdebatte ad acta legen, sondern wir werden im Jahre 2016 dazu in eine intensive Beratung einsteigen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher hier und am Stream überall! Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem. Das ist hier schon lange ein beliebter Spruch, und der ist auch nicht von mir.

Manchmal aber verharren diese Erkenntnisse in Wissenschaft und Gesellschaft und brauchen Jahrzehnte, bis sie in die Politik gelangen, oder sie werden zumindest aufwendig ignoriert. Das gilt vor allem in der Verkehrs- und in der Wohnungspolitik. Es wäre ja schön, wenn wenigstens Umsetzungsversuche erkennbar wären, gerade in der Wohnungs- und Verkehrspolitik, wo die Aufgaben doch so offensichtlich sind.

Nicht erst seit der Weltklimakonferenz ist klar, dass eine ökologische Verkehrswende unabdingbar für den Klimaschutz ist. Überall konnten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfolge im CO₂-Ausstoß verbucht werden, außer im Verkehrsbereich. Auch im Wohnungsbau sind die Potenziale noch riesig.

NRW hat zwar ein Klimaschutzgesetz und beabsichtigt, einen Klimaschutzplan zu schaffen, doch verbindliche Maßnahmen sind nicht vorgesehen. Das Ressort des Einzelplans 09 beteiligt sich daran nicht sichtbar.

Es gibt zwar eine Nachhaltigkeitsstrategie, die aber kaum auf Mobilität eingeht. Für Nahmobilität gibt es im Einzelplan 09 Geld für ein nettes Marketing, da werden auch Radschnellwege angepriesen, aber Geld gibt es nicht in entsprechendem Maßstab. – „Noch nicht“ werden Sie sagen, aber was machen

Sie, wenn die Planungen fertig sind und auch mal Landesgeld benötigt wird?

Eine moderne Verkehrswende ist aber nötig; denn wir brauchen sie, damit alle Menschen langfristig mobil sein können, und zwar gerade angesichts der aktuellen Bevölkerungsentwicklung. Eine moderne Verkehrswende ist auch wichtig, um langfristig den Landeshaushalt zu entlasten und ein finanzielles Gleichgewicht zu erreichen. Das ist aktuell in diesem Haushalt nicht vorhanden, wie es auch in den letzten Jahrzehnten in den Haushalten nicht vorhanden war; sonst hätten wir keine Instandhaltungsprobleme oder andere existierende Probleme.

Ein Wandel wird sowieso eintreten; denn auch die Mobilität wird nun von der digitalen Revolution erfasst und damit die ganze Stadtentwicklung. Der Markt wird sich radikal ändern – mit Gestaltung der Politik oder ohne.

Aufgesparte Instandhaltung, nie erfüllbare Versprechungen, Anforderungen und Aufgaben, die einfach nicht zum Budget passen – in keinem anderen Einzelplan klaffen – zumindest aus meiner Sicht – Anspruch und Prioritätensetzung derart weit auseinander. Hinzu kommt die Aufgabe, Wohnungen für Flüchtlinge zu schaffen. Das ist eine Aufgabe, von der man nicht hätte überrascht sein dürfen.

Ebenso wenig überraschend ist es, dass die Mietpreisbindung zahlreicher Wohnungen ausläuft, und zwar gerade im Ruhrgebiet, das angeblich einen entspannten Wohnungsmarkt hat und daher wenig Aufmerksamkeit erhält.

Die nun fließenden zusätzlichen Bundesmittel, die gegen akute Wohnungsprobleme helfen sollen, sind gut. Das begrüßen wir. Aber für diese Landesregierung muss leider immer erst das Kind in den Brunnen fallen, bevor überhaupt etwas passiert, bevor sie aktiv wird. Ohne Druck und Hinweise auf Notstände scheint keine Veränderung möglich zu sein. Weitsicht? – Leider Fehlanzeige!

Die Landesregierung wartet fast immer auf den Bund und auf Bundesmittel und verweist darauf. Ein Großteil der Wohltaten ist auf durchgeleitete Bundesmittel zurückzuführen. Interessant ist, dass sogar ein Großteil der Entscheidungen für die jetzige Landesregierung aus dem Bund kommt. Das nimmt manchmal kuriose Formen an.

Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel das dichteste Flughafenetz Deutschlands, hat Regionalflughäfen, die sich jedes Jahr aufs Neue mit öffentlicher Hilfe – nicht mit Geld des Landes, aber dem der Kommunen – retten müssen; es hat Flughäfen, die mit Blick auf ihre Erweiterungspläne dringend eine Position der Landesregierung, des Landes NRW brauchen.

Über ein Luftverkehrskonzept will das Ministerium, obwohl längst überfällig, gar nicht erst reden. Die Landesregierung versteckt sich eine ganze Legisla-

turperiode lang vor jeder Priorisierung. Sie sitzen das aus – bloß keine eigene NRW-Position, bloß keine eigenen Ansprüche. Es gilt: Lasst das doch in Berlin oder Bayern entscheiden.

(Klaus Vossemer [CDU]: Da können Sie auch nichts falsch machen!)

Bei der Landesbauordnung – seit 2015 mit „kommt gleich“ angekündigt –, werden wir ja vielleicht noch vor 2017 fertig, die Debatte dazu folgt ja noch.

Ich hätte hier die Worte vom letzten oder vorletzten Jahr verwenden können; denn viel hat sich nicht verändert. Ich nehme aber mal die Worte für das nächste Jahr: Diese zeitlich so wichtige Legislaturperiode ist für die Verkehrswende und eine vorausschauende Bau- und Verkehrspolitik leider verschenkt. Eine neue Prioritätensetzung wurde vermieden. Und das ist schade.

Wenn das Ministerium nur auf den Bund wartet und auch im Haushaltsplan kaum eigenes Geld priorisiert wird, dann braucht man das Ministerium eigentlich gar nicht. Dann könnte man es auch abschaffen und das Alltagsgeschäft durch eine Bundesbehörde ersetzen. Grundgesetzänderungen für solche Konstruktionen sind gerade auf dem Prüfstand. Dann könnten wir in NRW das Geld sparen.

Ich bin aber der Meinung, dass sowohl das Ministerium als auch der Landtag Nordrhein-Westfalen hier dringend gebraucht werden, weil NRW auch vorweggehen kann, weil NRW ein Land sein kann, in dem etwas passiert, und zwar nicht nur durch Zuweisungen aus Berlin und Anweisungen aus Bayern. Ja, ich weiß, Ministerin Hendricks kennt NRW und hat da aktuell mehr zukunftsweisende Ideen als die Landesregierung. Aber das allein reicht mir an dieser Stelle nicht.

Und jedes Jahr aufs Neue ist bei diesem Einzelplan auch das Sozialticket ein Thema. Warum? – Weil es wahrscheinlich das einzig wirklich gestalterische Element der Landesregierung in diesem Einzelplan ist. Mir ist auch egal, ob es aus dem Sozialetat oder aus dem Verkehrsetat kommt. Es macht Sinn, soziale Aspekte auf alle umzulegen und nicht nur auf die ÖPNV-Nutzer. Ende dieses Jahres läuft das Sozialticket aus. Es wird erst mal ohne große Änderungen fortgeführt, aber leider nicht verstetigt oder verbessert.

Trotz mehrfacher Nachfrage auch im Ausschuss weiß ich leider bis heute nicht, wie der genaue Plan der Landesregierung dazu aussieht. Es gibt 10 Millionen € mehr, eigentlich ableitbar aus der aktuellen Nutzung. Das ist auch notwendig und richtig. Doch die Ansatzserhöhung wird mit „zur Förderung des Sozialtickets bei Asylbewerbern“ begründet. Ein Teilbetrag des Ansatzes soll sogar ausschließlich für berechnete Asylbewerber bestimmt sein, und zwar verbindlich.

Doch was ist jetzt dieser verbindliche Teilbetrag? Wie hoch ist der? Wie genau sieht er aus? Das konnte mir das Ministerium leider weder im letzten Ausschuss noch danach erklären. Ich hoffe, dass wir das zumindest vor der dritten Lesung mitgeteilt bekommen, damit wir unsere Haushaltsänderungsanträge zur dritten Lesung darauf abstimmen können. Derzeit sagen wir: Wir brauchen noch einmal etwa 10 Millionen € mehr; nach unseren Berechnungen wären es mindestens 8,5 Millionen €.

Außerdem brauchen wir eine Verpflichtungsermächtigung, die eine Dynamisierung und Verstetigung ermöglicht. Denn der aktuelle Plan scheint die Verkehrsbetriebe dazu zu zwingen, die Preise für das Sozialticket massiv zu erhöhen – im VRR um 12,5 %. 12,5 % sind weder als Inflationsausgleich noch mit den Energiekosten zu begründen oder damit, dass die Berechtigten einen sehr viel höheren Regelsatz haben. Das muss sich anderweitig erschließen. Wie kommt es, dass in den Verkehrsbetrieben diese Notwendigkeit gesehen wird?

Aktuell wissen wir also weder, welche Asylbewerber – deren Berechtigung an einer entsprechenden Einstufung hängt – das Sozialticket erhalten, noch wissen wir, was nach 2017 mit dem Sozialticket passiert – so viel dazu –, wenn es dann doch noch Änderungen im Einzelplan gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, bei – in Anführungszeichen – „meinen“ Ausschussmitgliedern ganz herzlich für die konstruktive, oft auch sehr lebendige Diskussion bedanken. Sie hilft, den Weg freizumachen und neue Perspektiven abzustecken und zu erreichen.

Diese gemeinsame Arbeit sollten wir weiterhin so erfolgsverwöhnt wie in der Vergangenheit fortsetzen. Die Bündnispartner im Bündnis für Wohnen loben ausdrücklich den Korpsgeist, der bei der Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen herrscht. Deshalb gilt mein Dank all denen, die im Ausschuss mitwirken. Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Zu Herrn von Lojewski komme ich gleich noch.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

– Herr Präsident, ist das eine Zwischenfrage von Herrn Ott? Nein?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich rätele darüber auch gerade, Herr Minister.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Der Minister hat das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Jetzt weiter zu den einzelnen Vorhaltungen: Kollege Hausmann weiß, dass ich darauf hingewiesen habe, dass das Land mindestens 120.000 Wohnungen braucht und wir leider selbst nicht bauen können, weil es unter anderem die Privatisierung der LEG gab und wir deshalb auch kein eigenes Instrument mehr haben – sei es drum.

Wir haben als Land sofort und als Erstes reagiert, am 16. Oktober 2015, als Bundesrat und Bundestag beschlossen haben, zusätzliche Gelder bereitzustellen. Wir haben die Tilgungsnachlässe vorbildlich erhöht und haben dafür gesorgt, dass nur noch zwei Drittel von 100 % Kredit zurückgezahlt werden müssen. Wir müssen jetzt sogar schon die missbräuchliche Inanspruchnahme dieser Formel durch ein Nachjustieren der Förderbedingungen unterbinden. Also, glaube ich, sollten wir gemeinsam stolz darauf sein, dass wir hier eine gewisse Vorreiterrolle übernommen haben

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

und deutlich machen konnten, dass wir die Neubauforderung annehmen.

Wir hätten wie andernorts sagen können: Wir warten erst einmal ab, wir wissen ja überhaupt gar nicht, wie viele bleiben und, und, und. Das ist aber nicht Politik, wie wir sie verstehen und umsetzen müssen.

Wir müssen dafür sorgen, dass sowohl die „Leichtbauhallen“ genannten Zelte sowie die Turn- und Sporthallen in unserem Land so schnell wie möglich geräumt werden können. Das funktioniert nur durch Neubau im großen Stil. Deshalb müssen wir Flächen mobilisieren, Förderbedingungen weiter verbessern, und wir müssen die Investoren in der gesamten Breite herausfordern, sich dieser Investitionsaufgabe und Neubaufgabe zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Herr Ellerbrock, Sie haben recht. Ohne Verbesserung der steuerlichen Abschreibung wird das nicht gelingen. Wir brauchen steuerliche Impulse, damit Privatinvestoren deutlich breiter investieren als in der Vergangenheit. Das ist keine Frage. Das ist so. Das muss so sein. Ich hoffe auf alsbaldige Umsetzung.

Ja, wir gleichen ja gerade ab das riesige theoretische Flächenpotenzial von 19.000 ha, wie es planarisch in den Flächennutzungsplänen alleine ausgewiesen ist – noch nicht einmal in den abstrakteren, sondern in den konkreten Flächennutzungsplänen.

Wir brauchen 1.800 ha. 19.000 ha sind in den Flächennutzungsplänen ausgewiesen. Die werden wir jetzt in unterschiedlichen Regionalkonferenzen praktisch grundstücksweise überprüfen nach Schwerpunkten, die mobilisierbar sind, um zu bauen.

Wir werden vor allen Dingen das Regionalprinzip einüben, weil nicht sein kann, dass Städte wie Düsseldorf und Köln von den umgebenden Kreisen alleingelassen werden.

(Beifall von der SPD)

Die Kreise müssen im Schnitt mehr regionale Verantwortung mittragen. Sonst werden wir das Wohnungsbauproblem nicht vernünftig lösen können. Deshalb wird es sowohl eine administrative wie auch eine politische Ansprache zu Beginn des nächsten Jahres geben müssen, weil wir diese Wohnungsbauoffensive vom Wollen in die Tat umsetzen müssen.

Zweite Anmerkung: Kollege Hausmann, ich habe mich ja nach unserem Zwiegespräch zu EnEV und bei Minister Al-Wazir schlaugemacht. Ich wäre höchst irritiert gewesen, wenn ein grüner Bauminister im Grunde EnEV-Fragen konstruktiver umgesetzt hätte als wir. Das ist aber nicht der Fall. Denn das, was in der Verordnung beschrieben ist, ist im Grunde in Nordrhein-Westfalen in allen wesentlichen Bereichen jetzt schon praktisch möglich. Deshalb ist diese Verordnung verzichtbar, nicht aber eine Grundrenovierung des Systems EnEV. Die müssen und werden wir im nächsten Sommer auf der Bauministerkonferenz anpacken.

Jetzt im Schweinsgalopp mit Blick auf die Uhr:

Die Wohngeldreform ist die größte Sozialreform seit Jahren. Warum? Weil 81.000 Familien alleine in unserem Land in den Genuss von Wohngeld kommen und alle 220.000 mehr Wohngeld bekommen, 60, 70 % mehr Wohngeld als in der Vergangenheit. Das Land zahlt mit und zahlt gerne mit.

Stadtentwicklung: Bei den Summen, die wir nachhaltig abgesichert haben, bei den Quoten, die wir bundesweit einmalig bereitstellen – zugunsten der Kommunen, nicht zulasten des Bundes –, beweisen wir, dass wir Heimatliebe nicht mit Blaskapelle intonieren, sondern in Euro und Cent ernst nehmen. Das ist der Unterschied zu Bayern. Darauf sind wir stolz. Stadtentwicklung à la NRW ist besser.

(Beifall von der SPD)

Nächste Anmerkung: Quartier als Förderschwerpunkt haben wir durchdekliniert. Wir laden Sie ein, weiter mit uns daran zu arbeiten. Es gibt neue städtebauliche Schwerpunkte zur Integration von Flüchtlingen. Das werden wir im nächsten Jahr gemeinsam diskutieren.

Die Denkmalpflege bleibt auf dem Niveau des Vorjahres. Wir haben 50 Sonderliegenschaften heraus-

gehoben, 2 Millionen zur Außensanierung Schloss Augustusburg. Wir haben rund 130 Kirchen in der Baulast herausgehoben, Observantenkirche Münster mit fast 800.000 € Sanierungsbedarf.

Natürlich: Es könnte überall noch mehr sein. Aber die Weichen sind in unserem Etat, finde ich, vernünftig und richtig gestellt.

Herr von Lojewski, Deutscher Städtetag, unabhängig, hat vor vielen Zeugen im Beirat für Wohnraumförderung bei der NRW.BANK gesagt: Nordrhein-Westfalen ist mit seiner Wohnungsbaupolitik Vorreiter und Vorbild in Deutschland. – Ich meine, selbst die Opposition darf mit stolz darauf sein. Denn auch Sie leisten ja ab und an konstruktive Beiträge im Ausschuss und sonstwo dazu. – Vielen Dank und alles Gute.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Vossemer das Wort.

Klaus Vossemer (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niels Bohr hat einmal gesagt: Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen. – Diese Aussage stimmt nicht immer. Denn eine Prognose ist sehr leicht zu erstellen: Im Jahr 2030 wird Nordrhein-Westfalen eine 34-jährige Benachteiligung bei den Bundesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr hinter sich haben. Die Verluste für Nordrhein-Westfalen werden sich dann im zweistelligen Milliardenbereich bewegen.

Hier einmal ein Ausschnitt: In den vergangenen drei Jahren bekamen wir über eine Milliarde weniger, und von 2016 bis 2023 wird Nordrhein-Westfalen 2,7 Milliarden € weniger bekommen, als uns nach Länderproporz zustehen.

Verantwortlich für dieses Debakel sind die SPD-Alleinregierung aus dem Jahr 1995 und diese rot-grüne Landesregierung. Beide hatten falsch verhandelt, und damit sind sie für alles verantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Leider ist das Thema immer noch nicht erledigt. Jetzt verlangen die Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen nochmals einen Nachschlag. Diese drei Länder haben in den vergangenen 19 Jahren viel mehr bekommen, als ihnen nach Länderproporz zusteht. Angesichts dieser Tatsache scheinen sie jedes Maß verloren zu haben.

Diesen unrealistischen Forderungen nach mehr Mitteln müssen Sie, Herr Minister, endlich energisch entgegenreten. Leider haben wir aus Ihrer Richtung bislang da nichts gehört. Das wäre heute einmal eine passende Gelegenheit für Sie, Herr Minister Groschek. Sie können sich bei den anstehenden

Verhandlungen sogar auf Bundespräsident Gauck berufen. Er hat im vergangenen Monat alle Bundesländer bei Verhandlungen untereinander zu Maß und Mitte aufgefordert.

Meine Damen und Herren, leider wird Nordrhein-Westfalen nicht nur bei den Regionalisierungsmitteln benachteiligt, sondern auch beim Bundesfernstraßenbau. Diese Benachteiligung hat ebenfalls ihre Ursache allein in der rot-grünen nordrhein-westfälischen Landesregierung. Denn nur wer fertige Planungen in der Schublade hat, kann auch genügend Bundesmittel abrufen.

(Jochen Ott [SPD]: Traurig! Herr Vossemer, traurig!)

Aber seit Antritt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2010 wird die Planung von Autobahnen und Bundesstraßen bei uns sträflich vernachlässigt.

(Jochen Ott [SPD]: Fakten!)

Traurige Bilanz des Jahres 2015: Nordrhein-Westfalen bekam im Juli nur 128 Millionen € aus dem Topf für den Neubau von Bundesfernstraßen. In den rot-grün-regierten Stadtstaat Hamburg flossen 180 Millionen €. Dabei hat Hamburg nur 10 % der Einwohner Nordrhein-Westfalens. So viel zu den Fakten.

Es ging danach leider so weiter. Von dem Sonderprogramm des Bundes zur Brückensanierung für 2015 geht der Großteil, nämlich 146 Millionen € an Hessen, obwohl Hessen nur ein Drittel der Einwohner von Nordrhein-Westfalen zählt. Nordrhein-Westfalen erhält nicht einmal halb so viel, nämlich nur rund 70 Millionen €. Der Unterschied: Hessen hält im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen fertige Planungen zum Abruf von Bundesmitteln bereit.

Fazit: Andere Bundesländer – vom Süden bis in den hohen Norden, von den Alpen bis zur Nordsee – haben das Prinzip verstanden: Nur wer plant, bekommt auch Bundesgelder. Der Bund hat gezeigt, wie es geht: Investitionshochlauf und ausgeglichenen Haushalt, und das schon zum dritten Mal hintereinander.

Die rot-grüne Landesregierung hat es umgekehrt gemacht: Schulden rauf, Investitionen runter. Rot-Grün hat in vier Jahren über 12 Milliarden € neue Schulden gemacht. Die Ausgabenlast des Landeshaushalts ist von 2010 bis 2016 um über 30 % gewachsen. Ihr Verkehrshaushalt, Herr Minister Groschek, ist in diesem Zeitraum allein aufgrund durchgereicherter Bundesmittel lediglich um 10 % gestiegen. Die Landesregierung hat also nichts dazu beigetragen.

Trotz Aufblähens des Haushalts und massiver Neuverschuldung profitiert die Infrastruktur in unserem Land überhaupt nicht. Eine dringend notwendige Kehrtwende weg von konsumtiven hin zu investiven Mitteln hat auch im Haushalt 2016 nicht stattgefunden.

Das Gegenteil ist der Fall. Das Sozialticket steigt noch einmal um 10 Millionen €. Das heißt, die Mittel für das Sozialticket, eine rein konsumtive Ausgabe, belaufen sich im Jahr 2016, insgesamt auf 40 Millionen €. Gleichzeitig fließen nur noch 32 Millionen € in den Landesstraßenneubau. Das ist der niedrigste Wert, seitdem es darüber überhaupt Aufzeichnungen gibt. Wichtige Ortsumgehungen werden auf die lange Bank geschoben, während sich Lkw-Schlangen langsam durch die Ortschaften schieben.

Daher fordern wir für den Haushalt 2016: Streichung des gesamten Sozialtickets und die Erhöhung des Landesstraßenneubaus von 32 auf 62 Millionen €.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Klaus Voussem (CDU): Wir fordern eine Umkehr erstens weg von Schulden, zweitens weg von konsumtiven Ausgaben und drittens hin zu mehr Investitionen für die Infrastruktur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat von Albert Schweitzer schließen:

„Die große Schuld des Menschen ist, dass er jeden Tag zur Umkehr fähig ist und es nicht tut.“

Das lässt sich eins zu eins auf die rot-grüne Landesregierung übertragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Frau Kollegin Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war ein ziemlicher Zahlenhagel vom Kollegen Voussem, den ich im weiteren Verlauf trotz etwas knapper Zeit versuchen werde, aufzudröseln und aus unserer Sicht zu analysieren. Denn ich glaube, die eine oder andere Zahl

(Jochen Ott [SPD]: War falsch!)

interpretieren wir etwas anders, und die eine oder andere Zahl liegt auch etwas anders auf der Hand, als Sie das gerade dargestellt haben.

Ich möchte meine Rede gern mit einem Zitat aus der vergangenen Woche aus „Die Welt“ beginnen – nicht immer zitierfähig, aber bei erfreulichen Meldungen für Nordrhein-Westfalen immer gern. Die Zeitung „Die Welt“ hat anlässlich der Eröffnung des zweiten Teilstücks des Radschnellwegs im Ruhrgebiet geschrieben:

„Dieser Wege-Typ könnte den Radverkehr im Land irgendwann ähnlich beschleunigen, wie es

die Autobahnen einst mit dem Kraftverkehr schafften.“

Auch andere Ballungszentren in Deutschland interessieren sich für das Konzept aus Nordrhein-Westfalen. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu zukünftiger Mobilität. Denn viele Vorteile dieser Art der Bewegung, ob im Umweltschutz, ob im Bereich Gesundheit oder in Form von Kostenersparnis, liegen auf der Hand,

(Ralf Witzel [FDP]: Was ist mit dem Lkw-Verkehr?)

und viele Weltmetropolen haben hier schon beachtliche Zeichen gesetzt. Von daher freuen wir uns, dass das hier auf den Weg gebracht worden ist.

Unser „Aktionsplan Nahmobilität“ hat den Rad- und Fußverkehr mit den motorisierten Alternativen gleichgestellt und sorgt für die nötigen Impulse. 13,3 Millionen € stehen 2016 für den Ausbau von Nahmobilität zur Verfügung. Der Bau von Radschnellwegen wird weiter konsequent unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die richtigen Schwerpunkte in diesem Haushalt. Wer die E-Mobilität fördern will,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

der muss auch die zugehörige Infrastruktur dafür schaffen.

Aber auch der ÖPNV kann mit einer erhöhten Mittelzuweisung weiterentwickelt werden, zum Beispiel mit 10,5 Millionen € allein für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, der Sicherheit und des Service im öffentlichen Personennahverkehr.

Was den SPNV und den ÖPNV angeht, so sind wir allerdings dringend auf die Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel des Bundes angewiesen. Ich erinnere daran, dass rund 90 % der mehr als 1,5 Milliarden €, die jährlich in den ÖPNV in NRW fließen, aus Bundesmitteln stammen. Für diese Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel steht eine Lösung für die Zeit nach 2019 leider noch aus.

Sehr verehrte Damen und Herren, hier brauchen wir auf jeden Fall eine zeitnahe Lösung, die verlässlich und auch belastbar ist. Wir brauchen eine gesicherte Finanzierungsperspektive mit Planungssicherheit. Das setzt Solidarität voraus, und es ist diesmal an Nordrhein-Westfalen, die Solidarität auch für sich selbst konkret einzufordern, statt sie immer nur anderen zu gewähren.

Unsere Handlungsmaxime beim Landesstraßenbau ist Ihnen bekannt. Wir setzen da das, was wir schon seit Jahren fordern und umsetzen, auch diesmal um. Es ist ganz klar die Maxime: Erhalt vor Neubau. Das ist leider gegensätzlich zu dem, was Sie fordern. Das haben Ihre Forderungen aus der Rede gerade auch deutlich gemacht. Wir setzen unseren Weg hier konsequent fort,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

indem wir die Erneuerungsmittel weiter erhöhen und der Neubau auf die wichtigsten Projekte konzentriert wird. Das unterscheidet Sie ganz grundsätzlich von uns.

Unsere Bilanz ist eindeutig. Denn wir sind 2010 mit einem Ansatz von 73 Millionen € gestartet – das ist noch Ihre Ausgangsbasis von 2010 gewesen – und liegen jetzt bei 105 Millionen €.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Wahnsinn!)

Meine Fraktion kann heute eine Erhöhung um weitere 10,5 Millionen € auf den Weg bringen und möchte das auch tun. Dazu gibt es keine Alternative. Denn das Straßennetz in Nordrhein-Westfalen ist – wie wir alle wissen – sehr eng geknüpft, und es bestehen eben nur wenige Lücken. Von daher ganz klar: Erhalt vor Neubau. Die bestehenden Landesstraßen und Brücken sind hingegen häufig alt und müssen saniert werden. Deswegen müssen wir diese ganz klaren Prioritäten hier setzen.

Wir können allerdings die Herausforderungen der Zukunft gerade im Straßenbau Nordrhein-Westfalen nicht alleine stemmen. Der Zustand insbesondere vieler Autobahnbrücken ist bedenklich. Das kann ich als Duisburgerin jeden Tag hautnah erleben. Das gilt aber genauso auch für den Schienen- und Wasserwegebau. Da muss der Bund eben seiner Verantwortung nachkommen, diesen Unterhalt der Autobahnen, der Bundesstraßen auch weiter fortzuführen.

Es ist an der Zeit, dass Nordrhein-Westfalen endlich nachvollziehbar und bedarfsgerecht in dieser Frage berücksichtigt wird. Denn wir brauchen keine Bundesverkehrspolitik nach Gutsherrenart, wie es in Berlin gerade passiert, sondern vor allen Dingen transparente und objektive Kriterien, nach denen die Mittel, die Sie gerade angesprochen haben, verteilt werden.

Insofern erwarten wir ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Sarah Philipp (SPD): ... die Veröffentlichung des Entwurfs für den Bundesverkehrswegeplan – voraussichtlich Anfang 2016 – mit Spannung und sehr großem Interesse. Eine wichtige Forderung in diesem Zusammenhang ist für uns eine solide, überjährige Finanzierung durch den Bund.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Sarah Philipp (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir also endlich dahinkommen, dass der

Bund seiner Verantwortung nachkommt, wären wir ein gutes Stück weiter.

Ähnlich wie im Bereich Wohnen ist es auch im Bereich Verkehr elementar wichtig, dass wir zusammenarbeiten und alle an einem Strang ziehen. Wir würden uns freuen, wenn Sie noch mal die eine oder andere Hilfestellung Richtung Berlin ausgeben würden,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

um die Forderungen Richtung Ihres Verkehrsministers deutlich zu machen und in der Großen Koalition darauf hinzuarbeiten, dass wir aus Nordrhein-Westfalen die richtigen Signale setzen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung und die weitere Zusammenarbeit. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushalt ist der wesentliche Baustein, um Probleme in unserem Land zu lösen. Wo liegen die Verkehrsprobleme bei uns in Nordrhein-Westfalen? Wir haben Rekordstaus in unserem Land. Am Dienstag hieß es: 290 km Stau bundesweit, davon 260 km in Nordrhein-Westfalen. Die restlichen 30 km waren auf die anderen 15 Bundesländer verteilt.

Um es in der Sprache des Ministers zu formulieren: Wir hatten noch nie so viele Ölsardinen in unseren Schienennahverkehrszügen wie aktuell. Die Züge sind teilweise völlig überfüllt, eine sehr schlechte Situation für die vielen Pendler. Überhaupt ist ein verlässlicher Transport von Pendlern und von Gütern in Nordrhein-Westfalen kaum noch möglich. Hinzu kommt: Die Infrastruktur vergammelt.

Man könnte fragen: Was macht Mike? Was macht der Minister? Was macht die Landesregierung?

Einige Stichworte zum Landeshaushalt!

Landesstraßenbauprogramm: nur noch 32 Millionen, minus 50 %. Die Zahlen sprechen für sich.

Erhaltungsansatz: In diesen sechs Jahren, für die die rot-grüne Regierung den Haushalt aufgestellt hat, haben Sie diesen Bereich um 32 Millionen aufgestockt. Das ist gut. Aber – auch das gehört zur Wahrheit – in der Regierungszeit von CDU und FDP in den Jahren 2005 bis 2009 haben wir diesen Bereich um genau die gleiche Summe, auch um 32 Millionen, aufgestockt. Also: deckungsgleich. Allerdings besteht ein Unterschied: Wir haben nicht das Landesstraßenbauprogramm um diese 32 Millionen gekürzt; das haben Sie gemacht. Wir haben auch in dem Bereich noch draufgesattelt.

Für die großen Güterverkehrs- und Pendlerprobleme in Nordrhein-Westfalen hat diese Koalition einen neuen Lösungsansatz: den Radverkehr. Die Finanzmittel für die Nahmobilität und für Radwegebau an Landesstraßen wurden insgesamt deutlich aufgestockt: um 25 % – gewaltige Summen. Wir erleben also eine Umschichtung vom Landesstraßenbau in den Radwegebau.

Um allen Märchen vorzubeugen: Auch die FDP ist immer für Radwegebau gewesen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage, die kürzlich, am 23. November dieses Jahres, auf den Schreibtischen gelegen hat, heißt es zur angemessenen Förderung des Radwegebaus – Zitat –: Dieser Herausforderung ist die CDU/FDP-Landesregierung in den Jahren 2005 bis 2010 in vorbildlicher Weise nachgekommen. – Das ist dann mit Zahlen hinterlegt.

Auch wir haben also als Koalition viel für den Radwegebau getan, aber auch hier nicht zulasten des Landesstraßenbaus, sondern beim Landesstraßenbau gab es ein Plus, und der Radwegebau kam hinzu.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zudem erleben wir einen Systembruch bei der Sanierung, was die Straßen betrifft. Der Minister – die Koalition –, unterschrieben im Bodewig-Papier, fordert vom Bund, dass innerhalb von 15 Jahren der Sanierungsstau abgearbeitet wird. Ursprünglich haben wir von 40 Milliarden geredet. Aktuell sind es 45 Milliarden. Ein klares Konzept: Der Sanierungsstau besteht und muss abgearbeitet werden.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Rasche, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Priggen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Christof Rasche (FDP): Ich freue mich darauf.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Kollege Rasche, herzlichen Dank. – Wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, haben Sie auf eine Anfrage aus dem Ministerium die Antwort bekommen, die CDU/FDP-Regierung hätte zwischen 2005 und 2010 Vorbildliches beim Radwegebau geleistet. – Meine Frage ist, ob Sie uns diese Antwort freundlicherweise zur Verfügung stellen könnten.

Christof Rasche (FDP): Das ist eine Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Rehbaum,

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Herzlichen Dank!)

unterschrieben von Ihrem Minister. Sie arbeiten vertrauensvoll zusammen. Tauschen Sie sich doch einfach mal aus!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Noch mal zum Systembruch bei der Sanierung: Einmal fordert die Landesregierung vom Bund, den Sanierungsstau innerhalb von 15 Jahren abzarbeiten.

Auch bei den Landesstraßen haben wir einen Sanierungsstau. Wenn man konzeptionell arbeitet, muss man bei Bundesstraßen und bei Landesstraßen in gleicher Weise vorgehen. Aber bei Landesstraßen macht die Regierung das ganz anders. Allein um auf den Status quo des Sanierungsstaus zu bleiben, brauchten wir 200 Millionen € im Jahr. Das Land gibt aber nur 100 Millionen € im Jahr. Das heißt, der Sanierungsstau bei Landesstraßen wird nicht abgebaut, sondern nimmt sogar noch zu.

Das sind zwei unterschiedliche Vorgehensweisen der Landesregierung bei Bundes- und bei Landesstraßen, die wir uns nicht leisten können. Wenn so viel Geld – 100 Millionen – bei der Straßensanierung, bei der Substanzerhaltung fehlen, kann sich ein Land wie Nordrhein-Westfalen kein Sozialticket in einer Größenordnung von jährlich 40 Millionen € leisten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir reden immer von Erhalt vor Neubau. Hier müssen wir sagen: Erhalt vor Sozialticket, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe eine ganze Reihe von Punkten aufgezählt. Nach Auffassung der FDP-Fraktion sind die Prioritäten im Verkehrshaushalt falsch gesetzt. Deshalb können wir den nur ablehnen.

(Beifall von der FDP)

Drei kleine weitere Punkte

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Frau Präsidentin, ich bin sofort fertig –: Auch abseits des Landeshaushalts gibt es viele verheerende Bilanzen.

Ein Stichwort ist das Hafenkonzert. Die Regierung hat immer gesagt: Wir warten auf den Bund. – Jetzt liegt das Ergebnis des Bundes vor: Der Ahrensburger Liste der Küstenländer wird gefolgt, die Düsseldorf Liste wird überhaupt nicht beachtet. So etwas passiert, wenn Nordrhein-Westfalen nicht als Erstes ein Konzept vorlegt, sondern auf den Bund wartet.

Eine Luftverkehrskonzeption fehlt genauso.

Zur Finanzierung im Schienenpersonennahverkehr hat Herr Kollege Vossemer eben schon etwas gesagt.

In vielen Bereichen erleben wir also einen Stillstand in der Verkehrspolitik.

Präsidentin Carina Gödecke: Nur nicht bei der Redezeit.

(Heiterkeit)

Christof Rasche (FDP): Ganz kurz nur ein Satz, weil es die Kollegen interessiert.

(Heiterkeit)

Wo liegen die Gründe für dieses Desaster? – Einmal in der Uneinigkeit zwischen Roten und Grünen in der Verkehrspolitik und zum Zweiten in null Einfluss von SPD und auch CDU auf die Kollegen der Bundesverkehrspolitik in Berlin. – Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die Großzügigkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Sehr gerne. Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Beu.

Rolf Beu (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Früher sprachen alle vom Verkehr, heute reden wir über Mobilität. Der Fokus in Wissenschaft und Praxis geht weg von einer rein technischen Reduktion von Abgasen, Lärm und Kosten des motorisierten Individualverkehrs. Stattdessen werden intelligente Verkehrslösungen entwickelt. Ökologische Verkehrsmittel wie Lastenräder, E-Busse oder Kombiverkehre sind gefragt. Optimierte Mobilitätsketten vermeiden Abgase, Lärm und Kosten.

Diesen fortschrittlichen Ansatz verfolgt auch Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen. Er führt im Haushalt 2016, Einzelplan 09 – Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr – zu einigen Veränderungen gegenüber früheren Haushalten.

Zum Beispiel im Landesstraßenbau: „Erhalt geht vor Neubau“ ist weiterhin und noch verstärkt die rot-grüne Devise. In 2015 waren es 100 Millionen € für den Substanzerhalt der Landesstraßen, an sich schon eine enorm hohe Summe und weit mehr als unter Schwarz-Gelb. Nun gibt es einen satten Aufschlag. In 2016 werden wir die Mittel für die Sanierung und den Erhalt von Landesstraßen noch einmal deutlich erhöhen. Denn Rot-Grün strebt eine intakte, funktionierende Infrastruktur an. Dafür brauchen wir mehr Erhaltungsmittel.

Ein weiteres Beispiel für zukunftsorientierte Mobilität à la Rot-Grün im Haushalt 2016 ist der „Aktionsplan zur Förderung der Nahmobilität“. Damit stärken wir den Rad- und Fußverkehr. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass das Auto mal stehen gelassen wird, kurze Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden und etwas für die eigene Gesundheit getan wird. Davon, dass die Mittel für Nahmobilität erhöht werden, profitieren maßgeblich die Kommunen in NRW.

Ein weiterer Grund für mehr Mittel sind die Rad-schnellwege. Sie werden erstmals im Haushalt ab-

gesichert. Auf diesen können die Bürgerinnen und Bürger komfortabel, kreuzungsfrei und zügig mit dem Fahrrad unterwegs sein, statt im Autostau festzusitzen. Das ist die Mobilität der Zukunft. Sie entlastet die Straßen und schont das Klima.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Zusätzliches Geld gibt es auch für das Sozialticket. Die Aufgabenträger erhalten 10 Millionen € mehr pro Jahr, also 40 Millionen €. Damit leistet Rot-Grün einen essenziellen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land und ökologisch nachhaltige Mobilität. Das ist ein finanzieller Kraftakt, der aber unumgänglich ist. Die erfreulich hohe Akzeptanz bei den Fahrgästen, bei den Kundinnen und Kunden, erzwingt die Anpassung der Mittelhöhe. Damit schultert das Land Nordrhein-Westfalen finanzielle Lasten, die eigentlich der Bund über das BSHG oder SGB tragen müsste.

Apropos Kraftakt: Das Wort passt in jedem Sinne zu den Verhandlungen über die Regionalisierungsmittel zwischen dem Bund und den Bundesländern. Hier konnte mit dem sogenannten Kieler Schlüssel zunächst eine grundsätzliche Verständigung über eine neue langfristige Finanzverteilung erzielt und die größte Benachteiligung NRW gemindert werden.

Auch wenn der Bund 500 Millionen € weniger gibt als nötig und einige Bundesländer deshalb gegen die gefundene Finanzregelung aktuell protestieren, was die endgültige Einigung bisher aufschiebt, möchte ich Herrn Minister Groschek und seinem Haus persönlich für den aktiven Beitrag zu diesem solidarischen Kompromiss danken. Das war ein großer Erfolg für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Jetzt gilt es, bei diesem Marathon auf den letzten 100 m das Ziel zu erreichen. Wir Grüne fordern alle Beteiligten im Bund und in den anderen Ländern auf, sich ebenfalls zu bewegen. Einen Stillstand im Nahverkehr wegen fehlender Finanzen kann sich niemand leisten. Sollten sich jedoch wider Erwarten einige Bundesländer nicht ebenfalls solidarisch und kompromissbereit verhalten, dann müsste notfalls der Klageweg beschritten werden, um tatsächlich eine annähernd gleiche Behandlung der Bundesländer zu erreichen – nach vielen Jahren der Ungleichbehandlung zulasten NRW.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Mobilität bewegt Rot-Grün, und Rot-Grün ermöglicht eine zukunftsfähige Mobilität in unserem Land. Manche Dinge, die wir in dieser Legislaturperiode auf die Schiene gesetzt haben, kosten erst einmal Geld. Aber auf mittlere und längere Sicht lohnen sich diese Projekte.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Beu, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kol-

lege Rehbaum würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Rolf Beu (GRÜNE): Ja, bitte.

Henning Rehbaum (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben das Stichwort „Radschnellwege“ genannt. Meines Wissens kostet der Radschnellweg Ruhr 186 Millionen €. Dafür stehen im nächsten Jahr zwischen 10 und 13 Millionen € zur Verfügung. Können Sie mir sagen, wann dieser Radschnellweg fertig sein soll?

Rolf Beu (GRÜNE): Herr Rehbaum, Sie wissen ja auch, dass man überhaupt erst einmal in die Finanzierung einsteigen muss, dass erst einmal die Möglichkeit geschaffen und sie dann auch verstetigt werden muss, um diese Maßnahme zeitnah realisieren zu können. Dass sie in einem Jahr umsetzbar ist, das glauben wahrscheinlich noch nicht einmal Sie, Herr Rehbaum.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Außerdem zahlen doch noch andere dazu!)

Mit dieser nachhaltigen Strategie für die mobile Zukunft ist Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg. Ich lade Sie, Herr Rehbaum, und Sie alle ein, auch die Vertreterinnen der drei Oppositionsfraktionen, uns auf diesem Weg zu begleiten, und würde mich über Ihre Zustimmung zum Haushalt 2016, Einzelplan 09, freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Beu. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Fricke.

Stefan Fricke (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich frage mich – und das nicht erst seit dieser Haushaltsberatung –: Welche Verkehrspolitik ist das eigentlich, die von der Landesregierung betrieben wird? Will die Landesregierung nun wirklich die Verkehrswende, oder will sie sie nicht? Macht sie ernst mit dem Klimaschutzplan, oder traut sie sich doch nicht? Stellt sie die richtigen Weichen für eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätspolitik, oder bleibt sie bei Floskeln ohne Überzeugung?

Ich weiß aber definitiv: Draußen im Land geht die Verkehrsinfrastruktur weiter vor die Hunde. Von desolaten Brücken und Straßen hören und lesen wir täglich.

Aber was ist denn mit öffentlichen Personenverkehren? Wer kümmert sich um Stadtbahnsysteme? Da lese ich, dass Essen nun „Grüne Hauptstadt Europas“ wird. Mein Glückwunsch!

Aber reden wir von dem Essen, dessen Nahverkehrssystem täglich kollabiert, dem Essen, das ein kommunales Verkehrsunternehmen mit weiteren Kürzungen von 10 bis 20 Millionen € bedroht?

Und was höre ich da aus unserem Ministerium? – Man wolle sich nicht an einem Bundesverkehrsminister verbeißen, der längst entschieden habe, dass wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte als sogenannte öffentlich-private Partnerschaften ausgeführt werden müssen oder überhaupt nicht. Wie nennt man so etwas im Juristendeutsch?

Unser Landesbetrieb Straßen.NRW wird immer wieder hingestellt als ein Hort der Unfähigen – erst DEGES, dann Bundesbehörde, unterwegs Umstrukturierung. Das alles wird begleitet von Lobeshymnen auf die Leistungsfähigkeit von Straßen.NRW. Das hört sich so an, als würde Frau Dr. Merkel ihr vollstes Vertrauen aussprechen.

Wenn der Minister den Landesbetrieb gegen Angriff von Schwarz-Gelb wortreich verteidigt, dann muss sich das auch im Handeln der Regierung niederschlagen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratungen zum Einzelplan 09, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10509 ...

(Jochen Ott [SPD]: Die Landesregierung will noch sprechen!)

– Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Sie ist auch nicht angemeldet. Aber bitte, gerne.

(Minister Michael Groschek: Aber ich habe noch Zeit!)

– Wenn es denn sein muss.

(Heiterkeit)

Ich würde meine unflätige Einlassung – ich wusste, dass das Mikro offen ist – gerne erläutern. Wir sind bereits eineinhalb Stunden über der berechneten Zeit. Sie haben jede Zeit der Welt, Herr Minister – das wissen Sie –, aber denken Sie bitte an das Zeitfenster.

(Dietmar Brockes [FDP]: Viel sicher nicht mehr!)

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich beschränke mich auf zwei Anmerkungen.

Erstens, Herr Vossemer, für den Teil der Regionalisierungsmittel, wo Sie Klartext in Richtung Osten sprechen, herzlichen Dank! Das ist mein Reden.

Zusammen mit Herrmann Bayern, Hermann Baden-Württemberg, Horch Hamburg haben wir die Bundesregierung mehrfach angeschrieben und ange-mahnt, dass sie jetzt ihrer Verordnungs-pflicht Folge leistet. Die Bundesregierung will sich nach meinem Eindruck drücken und es auf die Länder abschieben. Sie hat aber eine originäre gesetzliche Ver-pflichtung, selbst einen Verteilvorschlag zu unter-breiten, und kann sich nicht dahinter verstecken, dass der Osten nicht abgeben will, was dem Wes-ten gebührt. – Erste Anmerkung.

Zweite Anmerkung: Düsseldorfer Liste. Wir haben die Bundesregierung dazu gebracht, Stellung zu beziehen, die Düsseldorfer Liste neu zu qualifizieren. Die Düsseldorfer Liste ist jetzt qualifizierter Be-standteil des Hafenkonzepthes und gleichwertig ge-genüber der Ahrensburger Liste, also auch da ein Erfolg.

Ich meine, wir müssen insgesamt das begreifen, was der Kollege Beu gesagt hat. Die Zeiten des Spartendenkens sind vorbei. Wir müssen Mobilität organisieren, planen und umsetzen. Deshalb brau-chen wir ein NRW-Paket im Rahmen der Bundes-verkehrswegeplanung und anschließend einen NRW-Pakt, das Beschlossene auch umzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Denn die Widerstände wachsen, und die können wir nur gemeinsam überwinden. – Vielen Dank, auch vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Sehr gerne, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen jetzt aber wirklich nicht vor.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzu-nehmen. Wer sich anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung in der Fas-sung der Beschlüsse des Ausschusses** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzaus-schusses Drucksache 16/10504**.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir von vie-len Baustellen im Ressort Bauen, Wohnen, Stadt-entwicklung und Verkehr zu einer weiteren großen Baustelle, dem Haushalt des Justizministeriums.

Nach wie vor schafft es die Landesregierung nicht, die Einnahme- und Ausgabensituation in diesem Bereich in ein vernünftiges Gleichgewicht zu brin-gen. Alleine im Justizbereich wollen Sie im nächsten Jahr über 150 Millionen € mehr ausgeben als Sie einnehmen. Die Großbaustellen, die in der Justiz nach wie vor zu bearbeiten wären, rühren Sie dabei aber nicht einmal ansatzweise an. Das ist leider mehr als enttäuschend.

Die seit Jahren überfällige Dienstrechtsreform steht mit großer Verspätung erst im Dezember auf der Tagesordnung des Plenums. Bei den Beschäftigten herrschen aber bereits seit langer Zeit große Sorge und Unzufriedenheit. Die Folge: Qualifizierter Nachwuchs fehlt ebenso wie echte Verbesserungen im nordrhein-westfälischen Besoldungsdienst und Versorgungsrecht. Dabei ließe sich gerade in die-sen Bereichen die Attraktivität der Justiz als Arbeit-geber erhöhen.

Die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung auf diesem Gebiet hat allerdings dazu geführt, dass qualifizierter Nachwuchs sich zunehmend für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft entscheidet. Diesen Weggang können und dürfen wir uns nicht leisten, wenn wir die Qualität der nordrhein-westfälischen Justiz langfristig erhalten wollen.

(Beifall von der CDU)

Dass die rot-grüne Landesregierung im kommenden Haushaltsjahr tatsächlich noch beabsichtigt, die Mit-tel für die Nachwuchswerbung für Gerichte und Jus-tizbehörden ersatzlos zu streichen, ist vor diesem Hintergrund ein wirklich fatales Signal. Sie sparen einmal mehr am völlig falschen Ende.

Besonders deutlich wird diese verfehlte Schwer-punktsetzung auch daran, dass die rot-grüne Lan-desregierung in den kommenden Jahren im großen Stil Haftplätze abbauen möchte. Davor warnt der Bund der Strafvollzugsbediensteten ausdrücklich. Die nordrhein-westfälische Justiz macht sich unglaub-würdig, wenn sie Kapazitäten reduzieren will, ob-wohl Forscher sagen, dass sich die Entwicklung der Zahl der Gefangenen kaum prognostizieren lässt, weil sie von sehr vielen Faktoren beeinflusst wird. In einem Bundesland mit ständig wachsender Bevöl-kerungszahl ist es geradezu fahrlässig, Haftplätze zu streichen.

Dass die Kriminalitätsbelastung in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten deutlich zunimmt, ist ein Fakt, den die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage 4 der CDU-Fraktion zur Situation der Polizei und Kriminalitätsbekämpfung einräumen musste. Daraus geht hervor, dass die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis heu-